

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
ganzzährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich lith.

10. Jahrgang.

Sonntag, 31. August 1930.

Nr. 205.

## Standrecht in Ungarn?

Nach einer vor Blattschluß einlangenden Meldung des slowakischen Pressbüros, deren Richtigkeit nicht überprüft werden konnte, soll ein gestern stattgefundener Ministerrat der ungarischen Regierung das Standrecht am 1. September erklärt und scharfe Maßnahmen zur Unterdrückung der sozialdemokratischen Kundgebungen getroffen haben.

## Der deutsche Wahlkampf.

Ein Flugzeuggeschwader im Dienste der sozialdemokratischen Wahlpropaganda.

Die sozialdemokratische Partei wird in den letzten vierzehn Tagen des Wahlkampfes ein ganzes Flugzeuggeschwader der unter Mitwirkung der Gewerkschaften gegründeten Fliegerorganisation „Sturmvogel“ in den Dienst der Propaganda stellen. Die Flugzeuge werden in den nächsten zwei Wochen ganz Deutschland überfliegen, und zwar geht der Flug erst nach Weidenburg, von dort über Flensburg und Hamburg in das Rheinland und von dort nach Süddeutschland und in den Osten des Reiches. Unter den Tragflächen der Flugzeuge ist die Parole: Wählt Liste 1! angebracht. Mit Sirenenignalen wird die Bevölkerung auf das Nahen des Geschwaders aufmerksam gemacht werden. Ein Redakteur des Berliner „Vorwärts“ wird die Flugzeuge begleiten, um über den Flug zu berichten.

## Kommunistische Gewalttätigkeiten.

In eine sozialdemokratische Wählerversammlung in Jülich, in welcher der Reichstagsabgeordnete Genosse Sollmann sprach, kam mit einer Gruppe von 100 Kommunisten ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter. Nachdem dieser ebenso wie ein Zentrumsredner in der Debatte die zugestanden 20 Minuten gesprochen hatte und ihm das Wort entzogen wurde, da er seine Rede nicht beenden wollte, ergriffen die Kommunisten Stühle und schlugen damit auf die sozialdemokratischen Versammlungsteilnehmer ein, von welchen mehrere verletzt wurden. Eine Person mußte mit einer schweren Kopfverletzung weggetragen werden. Nach Einschreiten von Polizei wurde die Versammlung zu Ende geführt. Der Redner des Zentrums, ein Gewerkschaftsführer, stieß mit seiner Forderung nach Einführung eines stehenden Heeres von 700.000 Mann, wie sie die tschechische Armee gezählt hatte, auf den stürmischen Widerspruch der Versammlung.

## Die Internationale Agrarkonferenz.

Warschau, 30. August. Heute vormittags setzten die Kommissionen der Agrarkonferenz ihre Arbeiten fort. Die erste Kommission hat ihre Arbeiten bereits beendet und drei Resolutionen betreffend Vereinheitlichung der Methode der landwirtschaftlichen Statistik, Nationalisierung der landwirtschaftlichen Ausfuhr und Bestimmungen gegen Ausfuhrprämien angenommen. Ebenso nahmen die Kommissionen für Zusammenarbeit mit dem Völkerbund, die Finanz- und die Veterinärkommission Resolutionen an. Sämtliche Beschlüsse der vier Kommissionen werden der heutigen Plenarsitzung vorgelegt, welche endgültig über sie beschließen soll.

## Rein Ende des französischen Streiks.

Paris, 29. August. Arbeitsminister Cabal empfing heute Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Norddepartements. Seine Bemühungen zur Beilegung des Streiks blieben ergebnislos. Die Vertreter der Industriellen teilen mit, daß sie grundsätzlich an der von den Arbeitern beklämpften Stabilitätszulage beharren werden. Die Arbeitervertreter erklärten, daß sie sich mit der Stabilitäts- oder Bewährungszulage nicht einverstanden erklären können.

## Gottfried Feder verhaftet.

Kassel, 30. August. In einer nationalsozialistischen Wählerversammlung wurde gestern abends der gewesene Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder, da er in seiner Rede mehrfach gegen das Republikanische Verfassungsgesetz verstoß, verhaftet.

## Auflösung des polnischen Parlaments.

Sejm-Wahlen am 16. November.

Warschau, 30. August. Der Präsident der Republik hat heute eine Verfassungserlasse, mit welcher über Antrag des Ministerrates auf Grund des Artikels 23 der Verfassung der gegenwärtige Sejm und der Senat am 30. d. M. aufgelöst und die Neuwahlen in den Sejm für den 16. und in den Senat für den 23. November dieses Jahres ausgeschrieben werden.

In der Verfassung heißt es, daß die wichtigste Angelegenheit Polens die Reform der bestehenden Verfassung sei. Nachdem sich der Präsident der Republik überzeugt hat, daß eine Reform der Verfassung trotz allen Anstrengungen mit Hilfe des gegenwärtigen Sejms nicht durchgeführt werden konnte, schloß er den Entschluß, das gegenwärtige Parlament aufzulösen.

## Die Gärung in Südamerika.

In Peru arbeitet das Kriegsgericht. — In Argentinien Militärbereitschaft.

New York, 30. August. Den Meldungen aus der Republik Peru zufolge herrscht dort bereits Ruhe und Ordnung. Oberst Cerro, der Chef der neuen Militärregierung, habe das kürzlich über das Land verhängte Standrecht wieder aufgehoben.

Oberst Sanchez Cerro teilte dem Berichterstatter der „Associated Press“ mit, daß der amerikanische Offizier Crow, der ehemalige Chef des Militärflugwesens in Peru, der bekanntlich von der Junta verhaftet und ins Gefängnis gesetzt wurde, zusammen mit den übrigen unter seinem Kommando stehenden amerikanischen Offizieren vor ein Kriegsgericht gestellt werden wird. Oberst Cerro behauptet, Crow habe nach Arequipa (im Süden Perus), wo bekanntlich der Aufstand ausbrach, fliehen und die Stadt bombardieren wollen.

Die Lage in Argentinien ist den letzten Berichten zufolge noch immer voll Spannung. Bei der gestrigen Beratung des Präsidenten der Republik mit den Mitgliedern seines Kabinetts wurde beschlossen, im ganzen Lande Militärbereitschaft anzuordnen und mehrere Truppenabteilungen, hauptsächlich nach Buenos Aires, zu entsenden.

Den Berichten zufolge, die die Agentur Havas aus Buenos Aires erhalten hat, sind die im Auslande verbreiteten Meldungen über die Lage in Argentinien stark übertrieben; so herrsche insbesondere unter dem Militär keine Gärung. Auch in politischen Kreise wird Ruhe bewahrt. Keine einzige politische Partei, auch nicht die oppositionellen, will einen Gewaltstreich begehen.

## Leguia in Gefängnis.

Lima, 30. August. Der ehemalige Präsident Leguia wurde gestern abends vom Kreuzer „Almirante Grau“ nach dem Gefängnis auf der San Lorenzo-Insel übergeführt, dem gleichen Gefängnis, das er während seiner elfjährigen Regierung für politische Gefangene verwendete. Leguias Sohn Juan wurde gleichfalls verhaftet.

## Beruhigung auf Kuba?

Paris, 30. August. Zu den Unruhen auf Kuba wird aus Havanna gemeldet, daß zwanzig Hauptführer der Aufstandsbewegung verhaftet wurden. Die letzten Berichte besagen, daß auf Kuba bereits eine Beruhigung eingetreten sei.

## Neuer Kurs in Jugoslawien?

Rechte für die deutsche Minderheit.

Agram, 29. August. Wie die Agramer „Novosti“ aus verlässlicher Quelle erfährt, wird die Regierung in Anerkennung der staatsstreuen Haltung der deutschen Minderheit in Jugoslawien deren ungehinderte kulturelle Entwicklung ermöglichen. Die Regierung plant eine ganze Reihe von Maßnahmen, die das Einschlagen eines ganz neuen Kurses in der Minderheiten-Politik Jugoslawiens, besonders gegenüber der deutschen Minderheit, bedeutet. Der Grundgedanke dieser Maßnahmen zugrunde liegt, ist die vollständige Gleichstellung der Angehörigen der Minderheiten bezüglich aller bürgerlichen Rechte mit den übrigen Staatsbürgern. Dasselbe soll auch für alle lokalen Ausländer gelten. Es werden zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Schulbehörden und den Eltern der Angehörigen von Minderheiten eigene Kommissionen gebildet, die von je zwei Vertretern der Schulbehörden und zwei Vertretern der Eltern gebildet werden. Geplant ist ferner die Eröffnung von Analphabeten-Kursen mit deutscher Unterrichtssprache.

Bezüglich des Volksschulunterrichtes ist geplant, daß in den Schulen der deutschen Minderheit der Unterricht bis zur zweiten Klasse ausschließlich in deutscher Sprache erteilt wird, während von der dritten Klasse an die Staatsprache als Pflichtgegenstand eingeführt wird. Der Unterricht wird entsprechend intensiv durchgeführt, damit die Schüler nach Abolvierung der Schule auch die Staatsprache perfekt beherrschen. Ins Auge gefaßt wird weiter die Erteilung zur Eröffnung einer privaten deutschen Lehrerbildungsanstalt, die Vorkursunterricht erhalten soll. Die Regierung hat ferner beschlossen, dem Schwäbischen Kulturbund, der bekanntlich früher verboten war, die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit zu gestatten. Bedingung ist, daß sämtliche deutschen Kulturorganisationen sich nur mit kulturangelegenheiten befassen und alle jene politischen Dinge ausschalten, die irgendwie geeignet sein könnten, den Kulturbund in Gegensatz zur staatlichen Politik zu bringen.

In vielen Berufen macht sich jetzt ein starker Mangel an Arbeitskräften bemerkbar. So werden die Arbeiten im Leningrader Hafen durch den Mangel auch an ungelernen Arbeitskräften erheblich behindert.

## Das gärende Indien.

London, 30. August. „Morning Post“ meldet aus Bombay: Es bestehen Befürchtungen, daß es Sonntag in Bombay zu neuen Ausschreitungen kommen werde. Der indische Freiwilligenauschuss bereitet für morgen große Manifestationen vor.

Bombay, 30. August. (Reuter). Die Vorsitzende des sogenannten Bombayer Kriegsrates, Frau Hanja Mehta wurde gestern verhaftet.

## Deutschnationale „Antimilitaristen“.

Schollich und Jung als Handlanger der Generale.

Die deutschnationale Presse, nicht minder ahnungslos in politischen Fragen als skrupellos in ihren Methoden, glaubt seit einiger Zeit mit besonderem Eifer die antimilitaristische Schamlei blasen zu müssen. Aus der Tatsache, daß die Sozialdemokraten als Teilnehmer an einer Koalition, in die sie aus wohlervogenen, hier nicht näher zu erörternden Gründen eingetreten ist, auch für das Heeresbudget als einen Teil des Gesamtbudgets stimmen mußten, sucht diese Clique ehemaliger, emeritierter oder verhin-delter Leutnants politisches Kapital für eine Partei zu schlagen, die immer noch besser daran tut, sich dem Militarismus des nationalen Gegners zur Verfügung zu stellen, als im Widerspruch zu ihrem ureigensten Wesen sich „antimilitaristisch“ zu gebärden und politisch Kopf zu stehen. Warum die Sozialdemokratie trotz ihrer prinzipiellen Gegnerschaft gegen das militaristische System und trotz ihrer dauernden auflärenden und werbenden Propaganda für Abrüstung und Völkerverständigung, unter gewissen Voraussetzungen gezwungen sein kann, für ein Heeresbudget zu stimmen, ist eine Frage, die innerhalb unserer Partei jederzeit diskutiert werden kann und diskutiert wurde, über die wir aber den Deutschnationalen keine Rechenschaft schuldig sind. Worüber wir uns mit diesen einmal unterhalten möchten, das ist ein Dokument „antimilitaristischer“ deutschnationaler Gesinnung, dem vielleicht noch einmal ein höchst gefährlicher, realpolitischer Wert zukommen kann.

Am 16. Februar dieses Jahres haben einige deutschnationale, nationalsozialistische, magharische und slowakische Abgeordnete dem Parlament einen Gesetzesantrag (Nr. 258) unterbreitet, der nichts anderes enthält, als die von den tschechischen Militaristen und Generälen seit langem geforderte vormilitarische Jugenderziehung. Es ist, wohlgedenkt, nicht vielleicht ein Resolutionsantrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, ein derartiges Gesetz vorzulegen! Die Herren, die unter Schollichs Führung als Unterzeichner des famosen Antrags auftreten, wollen der Regierung die Mühe ersparen und haben gleich selbst, sein säuberlich paraphrasiert, alles Nötige vorgefertigt und ein komplettes Gesetz beantragt, dermaßen, daß sich nur eine Zufallsmehrheit zu finden braucht, um uns die Lex Schollich zu bescherehen, die in Wahrheit eine Lex Schroy oder Lex Podhajsky wäre. Sie nennt sich vorläufig: Gesetz betreffend die Regelung der körperlichen Erziehung der Schuljugend und der schulentwachsenen Jugend, und umfaßt sinnigerweise dreizehn Paragraphen, denen ein Motivenbericht folgt. Wenn die deutschnationalen Antimilitaristen Wert darauf legen sollten, sind wir jederzeit gern bereit, die Lex Schollich wortwörtlich abzudrucken. Inzwischen wollen wir das wichtigste herausheben.

Der § 1 verhält die Gemeinden (die bekanntlich keine anderen Sorgen haben) die Übungsstätten bereitzustellen, wozu der Staat einen Beitrag zu leisten hat. Dann kommen einige §§, die auch pädagogisch nicht ohne Reiz sind:

§ 2.  
Der körperlichen Ausbildung sind an allen Schulgattungen zu widmen: wöchentlich drei Stunden Turnen, wöchentlich ein freier Nachmittag zum Betriebe freier Leibesübungen (Spiel, Schwimmen, sportliche Übungen), monatlich ein Wandertag.

§ 4.  
Turnen ist Haupt- und wissenschaftliches Fach und Gegenstand aller Reifeprüfungen.

§ 5.  
An allen Bürger- und Fach-, Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten sind Fachturn-

Lehrer zu bestellen, nach Dunkelheit auch an Volksschulen, wenigstens für die letzten zwei Klassen.

Man braucht die Bedeutung des Turnens nicht zu unterschätzen und nicht ein Anhänger des humanistischen Gymnasiums zu sein, um diese Umwandlung der Bildungsstellen in Turnvereine, die Erhebung des Gymnasiums zur wirklichen „Ringschule“ und der Matura zu einer Akrobatenprüfung als einen echt deutschnationalen Unfinn abzulehnen. Es liegt natürlich in den Intentionen einer politischen Richtung, bei der die Muskelkraft stets die Leistungsfähigkeit des Gehirns übertraf, die Riesenwelle zum Grad der sittlichen und geistigen Reife eines Menschen zu machen, aber es werden sich hoffentlich noch Leute finden, die einen anderen Gradmesser anlegen und den Naturanten, die ihre „Reife“ mit einem Vorzüglich aus dem Hauptgegenstand Turnen bestreiten, nicht mehr als die Eignung zum deutschnationalen Parteiführer zubilligen! Bis hierher war es aber noch harmloser Unfinn. Ernst wird es mit den §§ 6 und 9:

§ 6.

Im Sitz der Bezirksstädte sind eigene Inspektoren mit der Aufsicht der gesamten körperlichen Erziehung zu bestellen. Diesen Inspektoren ist ein Beirat, gebildet aus Vertretern der Korporationen, die Leibesübungen betreiben, beizufügen.

§ 7.

In jedem Gemeinwesen ist ein Amt zu gründen, das sich ausschließlich mit dem Ausbau der körperlichen Erziehung zu beschäftigen hat.

Schade, daß die meisten Regionäre schon mit Staatsstellen versorgt sind, hier wäre ein neues Feld für sie... Aber ausgediente Rottmeister, Franziskaner jeder Sorte, werden's ja auch tun. Da es nach § 7 eine besondere „Turn- und Sportpflicht“ der Staatsbürger gibt, wird also von seinem vierten oder sechsten Lebensjahr an bis zum Stadium nachgewiesener Senilität oder Verküppelung jeder Untertan den neuen Vorgesetzten, dem Gemeinde-Feldwebel und dem Bezirks-Sport-Inspektor unterstehen. Die Herren, die für „Schule, Scholle, Arbeitsplatz“ kämpfen, haben hoffentlich Garantien dafür, daß zu den neuen Militär-Sportämtern in deutschen Orten auch Deutsche berufen werden? (Jedenfalls gesetzliche Garantie auch nur für das Recht der Gemeinde auf Mitbestimmung sieht der Gesetzesantrag nämlich nicht vor!)

Errichtung einer tschechischen und einer deutschen Hochschule für Leibesübungen (— Geld haben wir ja in Fülle —) wird im § 10 gefordert. § 12 setzt als Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes den 1. Jänner 1931 fest — es ist also alles reiflich erwogen — und der § 13 betraut, damit jeder Zweifel behoben sei, mit der Durchführung — nun hören wir!:

§ 13.

Mit der Durchführung des Gesetzes wird der Minister für Schulwesen und Volksschulen, der Minister für öffentliche Gesundheitspflege und körperliche Erziehung und der Minister für nationale Verteidigung beauftragt.

Der Motivenbericht ist auch nicht von Pappe. Da heißt es z. B.:

„Der Staat hat das größte Interesse an der Gesundheit, körperlichen Kraft, sittlichen Stärke und der aus diesen menschlichen Werten entspringenden Ordnungsliebe, Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsfähigkeit. Das Interesse des Staats muß sich steigern bei einer demokratischen Verfassung, in der das Volk ob seiner Selbstregierung höhere Werte tendiert. Die Wurzeln aller genannten Werte liegen in der Erziehung. Weil aber ein gesunder Geist nur in einem gesunden Körper wohnen kann, muß der körperlichen Erziehung mehr als bisher alle Aufmerksamkeit zugewendet werden.“

Es heißt dann weiter, daß uns mit der Förderung der körperlichen Erziehung der Staatsbürger die meisten „Kulturstaaten“ voraus seien, worauf u. a. die Erwähnung Ungarns und Polens als ebendieser vorbildlichen Kulturstaaten erfolgt. Der Bericht schließt mit dem gut deutschnationalen Bekenntnis:

„Wenn alle im Gesetz ausgesprochenen Forderungen durchgeführt werden, so erfüllt der

Staat nur eine Pflicht im Hinblick auf Einrichtungen, die alle anderen Staaten schon besitzen. Es kommen bei Durchführung des Gesetzes voranschläges nicht nur lediglich hygienische und kulturelle Erwägungen in Frage, sondern vor allem auch militärische.“

Unterzeichnet als Antragsteller sind u. a.: die Deutschnationalen Schollich, Szopynska, Kallina, Mahner, Reibl, Hassold, Saureich, aber verdientermaßen, worauf wir besonderen Wert legen, auch die Nationalsozialisten Knirsch, Krebs, Schubert, Jung, Geher und Zimm.

Und nun Herr Szopynska an die Front! Eine solche Gelegenheit kehrt nicht wieder. Was Ihnen alle bisherigen Koalitionen verweigert haben, Deutschnationalen und Sozialisten offerieren es Ihnen zum Selbstkostenpreis. Wenn außer den Antragstellern die tschechischnationalen und clerikalen Parteien für den Antrag Schollich stimmen, dann haben wir endlich, was Sie seit Jahren ersehnen: die vormilitärische und die nachmilitärische Erziehung!

# Der Kriminalistenkongreß.

## Schlussitzung.

In der gestrigen Schlussitzung des Kongresses wurden zwei bedeutende Resolutionen angenommen. Der Kongreß hält es demnach für möglich und wünschenswert, eine internationale Kommission zu schaffen, die mit einheitlichen Methoden das wissenschaftliche Studium der Ursachen der Kriminalität betreiben soll. Was den Strafvollzug gegen Jugendliche anbelangt, so empfiehlt der Kongreß, daß für jeden Jugendlichen ein eigenes Konto zu eröffnen ist, dem sämtliche Einnahmen und Ausgaben des Jugendlichen gutgeschrieben werden sollen. Dieses Konto muß vom Staat von privaten Vereinigungen oder Privatpersonen beaufsichtigt werden und kann für kleinere, erlaubte Ausgaben (als Taschengeld) sowie für den Ankauf von Kleidern verwendet werden. Kurz vor der Abstimmung über die Resolution verlangten die deutschen Delegierten eine deutsche Uebersetzung, was vom Vorsitzenden Professor Mikszlats augenfällig absichtlich übergangen wurde. Dieses Vorgehen erscheint uns angesichts der lokalen Haltung sämtlicher ausländischer Delegationen als Kundgebung engstirnigen Chauvinismus. Der Kongreß beschloß eine Einladung der deutschen Regierung anzunehmen und seine kommende Hauptversammlung im Jahre 1935 in Berlin abzuhalten.

Nach Erledigung der üblichen Höflichkeit- und Dankesansprachen wurde die zehnte Tagung des internationalen Kongresses für Strafrecht und Gefängniswesen geschlossen.

Bei aller Anerkennung der sorgsamsten Arbeit des Kongresses, an der sich vielfach auch das langsame Durchdringen modernerer Grundsätze erwies, muß dennoch das Gesamtergebnis des Kongresses enttäuschen. Jedem, der den Bollversammlungen und Sektionsberatungen beiwohnte, ist es aufgefallen, daß sich die einzelnen Delegierten weniger als Mitglieder einer überstaatlichen und entpolitisierten Vereinigung, denn als Angehörige ihrer Heimatstaaten fühlten. Hauptsäch-

lich darauf ist es zurückzuführen, daß der Kongreß über unserer Meinung nach wesentliche Fragen hinweggegangen ist. Nicht diskutiert wurde überhaupt bei den lange andauernden Beratungen über den Strafvollzug das Sexualproblem. Sämtliche Redner gingen über dieses bedeutende Moment mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer moralischen Besserung des Sträflings hinweg. Unerrörnt blieb auch während der ganzen Dauer des Kongresses die wahrhaft rückwärtliche Behandlung politischer Gesandener in den meisten Staaten. Gerade in dieser Hinsicht wäre es angezeigt gewesen, wenn auf die bestehenden Mängel von den einzelnen Fachreferenten mit größter Deutlichkeit hingewiesen worden wäre, denn nur so hätte der Kongreß zu einem praktischen Ergebnis bezüglich ihrer Beseitigung gelangen können. Nicht erwähnt wurde auch während der ausgedehnten Beratungen, daß in den meisten europäischen Kleinstaaten die Untersuchungsgefängnisse ebenso behandelt werden wie die bereits abgeurteilten. Bezüglich der Todesstrafe gelangte der Kongreß bedauerlicherweise auch zu keiner ablehnenden Stellungnahme. Vielleicht hat in dieser Hinsicht die verunglückte Rede des Dr. Venes viel verschuldet. Unbegreiflicherweise hat auch nicht ein einziger Referent darauf hingewiesen, daß zum Beispiel in England, aber auch in der Tschechoslowakei (Raschau), die Prügelstrafe noch nicht abgeschafft ist. Es wäre moralische Verpflichtung des Kongresses gewesen, gegen diese wahrhaft unmenschliche Straftat entschiedene Stellung zu nehmen. Ueber die wichtige Frage der Sträf- lingsentlohnung ist der Kongreß mit allgemeinen Bemerkungen hinweggegangen.

So hat der Kongreß nur theoretische Studienarbeit geleistet, welche kaum als praktische Grundlage für eine moderne Strafrechts- und Strafvollzugsreform dienen kann. Eine Ausnahme bildet nur die Resolution des Kongresses über die Einrichtung der Jugendgerichte, auf die bemerkenswerte Initiative des Brünner Universitätsprofessor Kallab zurückzuführen.

# Auf dem Wege zur neuen Schule.

Von Josef Hudl.

## II.

### Die Aufgaben der Elternvereinigung.

Mit der Einführung der Elternvereinigungen ist auch das Problem „Politik und Schule“ aktuell geworden. Da wir als Sozialisten mit der Meinung nicht hinter dem Berge halten, wird man auf uns weisen und heuchlerisch schreien: „Da seht ihr, wer die Störer des Schulfriedens sind.“ Solchen Wölfen im Schafspelz muß ihr dunkles Handwerk gelegt werden, die nur von anderen reden, damit sie selber leichter ihre Anschauungen in die Schule schmuggeln können. Wie war es denn vor dem Umsturz? Die Schule erzog zu monarchistischen und gottesgefälligen Bürgern. Dieser politische Grundgedanke war so fest verankert, daß er selbstverständlich schien. Und wehe dem Lehrer, der nicht nach diesen Zielen seine Arbeit richtete. Ein sozialdemokratischer Lehrer war doch einfach unmöglich. Das ganze Schulleben, vom ABC-Schüler bis zum Univeritätsprofessor war beherrscht von der Geminnung monarchistisch-christlich-nationalistischer Politik. Es gibt natürlich Leute, die meinen, daß es keine Politik war und sich die Schule vollkommen neutral verhalten habe. Die Schule war niemals unpolitisch gewesen, wir sind so ehrlich und sagen, daß sie als öffentliche Einrichtung das auch niemals sein kann.

In unserer Zeit hat es die Schule natürlich bedeutend schwerer als früher. Die Stellung zum Staat und seinen Funktionären ist eine andere geworden, die traditionellen Bindungen der Vergangenheit sind gelöst, Autoritäten unwirksam geworden. Die Schule selbst hat einen Zeretzungsprozeß durchgemacht, der lange noch nicht abgeschlossen ist. Die Öffentlichkeit beschäftigt sich in weit stärkerem Maße mit politischen Dingen und es ist selbstverständlich, daß davon die Schule nicht ausgeschlossen bleibt. Durch die Verbreiterung der politischen Basis, nimmt auch das Elternhaus politische Stellung zur Schule und je nach dem bringt es ihr Vertrauen oder Mißtrauen entgegen. Das geht soweit, daß von dieser Wertung selbst die Kinder erfaßt werden.

Die Schule muß also die politische Willensbildung fördern. Es ist ihre Aufgabe, politischen Sinn und soziales Wollen zu wecken, und so Verständnis für verantwortliches soziales und politisches Handeln zu wecken. Auf diese Weise werden also durch Erziehung aus der Wirklichkeit die Kinder zu sozialistischer Denkweise gebracht werden. Ganz anders wieder ist die Frage, wenn die Schule einer bestimmten Partei dienstbar gemacht werden soll. Für die Pflege der Parteipolitik kann in der Schule kein Raum sein. Die Schule muß ertragen, daß die Kinder verschiedene politische Anschauungen mitbringen. Das Ringen um soziale und politische Einstellung darf sie nicht hindern, aber sie ist auch verpflichtet, die Grundlage, auf der ihre Existenz ruht, zu schützen.

Und damit kommen wir zu den Aufgaben, die der Erlaß des Ministeriums für Schulwesen und Volksschulen vom 19. Mai den Elternvereinigungen vorschreibt:

1. Der Schule behilflich zu sein, damit sich in ihr eine gesunde Gemeinbürgerschaft zwischen Eltern, Lehrern und Schülern bilde. Das was bisher so oft in schönen Reden, bei allen mög-

# Die Fürstin und ihr Bandit.

Roman von Georg Strelitzer. 40 Deutsche Rechte Th. Anant Nachl. Verlag.

Sie müssen sofort zu ihm in die französische Gesandtschaft eilen und ihn veranlassen, daß zwei französische Pässe ausgestellt werden und den Sichtvermerk der Bukarester Polizeipräfektur erhalten. Einer für Alaban und der andere für mich. Sagen Sie Armand, daß es der erste und der letzte Dienst ist, den ich von ihm fordere. Sagen Sie ihm, daß die Siguranya mich mit der Verhaftung bedroht. Was auch geschehen möge — auch wenn mein Plan mißlingen sollte — er kann völlig beruhigt sein. Nichts wird über meine Lippen kommen, was ihn belasten oder seine Stellung erschüttern könnte. Ich nehme alles auf meine Klappe. Unserer Wege gehen auf immer auseinander. Ich wünsche ihm alles Gute. Aber von seiner Gefandtschaft erwarte ich, daß sie mir die Ausstellung der falschen Pässe nicht verweigert. In seiner Macht liegt es, etwaige Bedenken des Gesandten zu zerstreuen. Reden Sie ihm zu, falls er sich nicht dazu verstehen sollte! Und nun gehen Sie, Nein! Ich darf es ja nicht. Wenn man mich beim Betreten des französischen Gesandtschaftspalais beobachtet, könnte man Verdacht schöpfen. Darum kam ich zu Ihnen. Ich bin sicher, daß man auch jetzt in der Nacht vor der Gefandtschaft einen Spigel der Siguranya aufgestellt hat, weil man wohl erwartet, ich würde Armand aufsuchen. Seien Sie bitte vorsichtig! Ich glaube zwar nicht, daß man schon Kenntnis von meinem Aufenthalt in Ihrem Hause erhalten hat, aber...

Sie hiel' jäh inne und lauschte. Dann fuhr uns beiden der Schreck durch die Glieder. Die Hausglocke ertönte!

Ich warf einen Blick auf die Uhr. Sie zeigte die vierte Morgenstunde an. Ein Sprung zum Fenster. Die Vorhänge leise auseinandergehoben. Draußen die Straße leer und einsam. In grauem Dunkel noch gehüllt. Erster Dämmerpuls verkündete den nahenden Tag.

Auf der Treppe wurden Schritte vernehmbar. Das war Lajos! Er ging öffnen.

Da läutete es zum zweiten Male, jetzt stärker, länger, anhaltender.

„Erwarten Sie jemand?“ fragte Tatjana. Ganz blaß war sie geworden.

„Nein, daß ich wächte, Fürstin!“

Sie schluckte etwas hinunter.

„Soll' die Siguranya...?“ Aber sie endete nicht. Wir hörten, wie die Gartentür aufgeschlossen wurde. Die Tür schrie schmerzhaft in den Angeln. Dann kamen Schritte näher — nun klangen sie schon im Haus — auf der Treppe, deren dumpfes Knarren wie eine Warnung war. Mit einem Satz stand ich an der Tür des Salons, um sie abzusperren. „Tete,“ sagte ich, „wenn wirklich die Polizei — fürchten Sie sich nicht! Bitte, vertrauen Sie mir! Solange Sie in meinem Hause sind, wird keiner Hand an Sie legen. Verlassen Sie sich auf mich. Ich stehe mit meinem Leben für Sie ein!“

Da trat sie an mich heran und entriß mir einen Revolver, den ich eben aus einer Lade hervorgezogen hatte.

„Machen Sie keine Dummeitungen, Nicule,“ rief sie, „ich verbiete Ihnen ernstlich jeden Widerstand. Ich liebe nicht solchen falschen Selbennut!“

Doch in diesem Augenblicke klopfte es bereits.

„Wer ist denn da?“ fragte ich bangen Herzens, während die Fürstin anscheinend seelenruhig sich vor den Spiegel stellte, das lockige Haar mit dem Kamm zurückstrich und das Ge-

sicht mit Bader betupfte. Ich weiß es heute nicht mehr: Spiel Sie mit der Angst oder mit der Eitelkeit?

Draußen meldete sich Lajos:

„Domnule Bracu,“ sagte er brummig, weil er in dieser Nacht schon zum zweiten Male aus dem Schlafe geweckt worden war, „es ist ein Telegramm für Sie abgegeben worden.“

„Ist sonst niemand da?“ fragte ich, da es immerhin möglich sein konnte, daß die Geschichte mit der Depesche fingiert war, um mich zum Dessinen zu bewegen. Vielleicht war mein Diener von den Polizisten gezwungen worden.

Aber da antwortete er schon: „Wirklich nicht, domnule!“

„Warte: der Postbote noch?“

„Nein — ich habe ihm den Empfang bestätigt. Er sagte, es sei auf dem Telegramm ausdrücklich vermerkt, daß es noch während der Nacht zugestellt werden müsse.“

Jetzt erst schloß ich die Tür auf. Lajos reichte mir das Papier durch die Spalte und ging dann wieder in seine Kammer. Tatjana stieß ein nervöses Lachen aus. Dann griff sie nach einer Zigarette.

„Es ist etwas Schönes an solchen prickelnden Momenten,“ meinte sie leichtthin, „sie machen erst das Leben lebenswert. Man ahnt sonst nicht, welche Spannkraft, welche Länge, welche Schwere — Sekunden, Augenblicke haben können.“

„Wenn sie von Angst erfüllt sind?“

„Nein, Nicule,“ sagte sie, „nicht von Angst — nur von Erwartung!“

Da erbrach ich das Telegramm.

„Mein Gott! Schon wieder dieser verdammte Amerikaner! Der hat mir noch gefehlt!“

Die Depesche war in London ausgegeben und lautete:

Heute hier eingetroffen. Wahlausgang abwarten undurchführbar. Viertausend schwim-

men bereits. Weitere fünftausend abgehen morgen New York. Werde Angelegenheit selbst in die Hand nehmen. Habe Flugzeug zum Non-Stop-Flug nach Bukarest bestellt. Treffe voraussichtlich morgen mittag dort ein. Am right. Stopping.

## Fünfte Kapitel.

### Ein Diplomatenriff.

Um sieben Uhr früh fuhr ich in die Gesandtschaft. Der Förster ließ lange auf sich warten. Dafür lungerten in der Nähe des Hauptportals zwei Männer herum, von denen einer mir als Polizeigänger bekannt war. Die Fürstin hatte richtig vermutet. Zweifelloß standen die beiden da, um im Auftrage der Siguranya zu beobachten, wer hier ein- und ausging.

Die Siguranya — das ist die große, unheimliche Spinne, die überallhin ihre unsichtbaren Netze zieht. Mit Argusaugen bewacht sie alle, die im öffentlichen Leben stehen; ihr untersteht die Kontrolle der Ausländer und der „Straini“, der sogenannten „Fremden“, zu denen man alle rechnet, die nicht rumänischen Geblüts sind: die Magyaren, die Siebenbürger Sachsen, die Banater Schwaben, die Tataren und Bulgaren in der Dobrudscha, die Juden und die Russen in Bessarabien. Sie ist eine Institution, die überall Angst und Schrecken verbreitet, wo sie sich bemerkbar macht. Ihre Agenten rekrutieren sich aus allen Kreisen der Bevölkerung. Sie besitzt unumschränkte Machtbefugnisse, die nicht einmal ein Minister ausüben darf. Sie ist für die Sicherheit des Staates, aber niemanden verantwortlich. Wer sich einmal in ihren Netzen verfangen hat, gilt als verloren. Wir haben im Frieden die Todesstrafe abgeschafft.

(Fortsetzung folgt.)

### Polnischer Terror gegen die Ukrainer.

Warschau, 30. August. (Wolff.) Nach hier eingetroffenen Meldungen haben die polnischen Behörden gestern zu einem großen Schlage gegen den geheimen ukrainischen Militärverband und andere ukrainische Organisationen ausgeholt. Die Aktion wird vom Bize-Finnenminister Oberst Pieracki geleitet, der vor einigen Tagen von einem großen Beamtenstab begleitet, in Lemberg eingetroffen ist. Dieser Schlag gegen die ukrainischen Organisationen war vor langer Hand vorbereitet und wurde gleichzeitig in sämtlichen Städten und Städtchen Ostgaliziens nach einem ausgearbeiteten Plan durchgeführt.

lichen Anlässen gefordert wurde, muß nun endlich durchgeführt werden, d. h. Eltern, Lehrer und Kinder sind gezwungen gemeinsam zu arbeiten. Durch die Verbindung der Eltern mit dem Lehrer wird er einen tiefen Einblick in die sozialen Verhältnisse verschiedener Gesellschaftsschichten erhalten, seine Stellung und Beurteilung des Kindes wird infolge der neugewonnenen Einsichten eine wesentlich andere werden und dadurch die Schularbeit ein vollständig neues Gesicht erhalten. Für die Eltern wieder liegt ein förmlicher Zwang vor, aus ihrer Reserve herauszutreten, den Lehrer aufzusuchen, über das was ihm am Kinde mißfällt oder auffällt mit ihm zu reden. Können sie das noch nicht, so möge ein Mitglied des Elternausschusses, zu dem sie verbunden durch gemeinsame Gefinnung besonderes Vertrauen haben, das Anliegen oder die Wünsche übermitteln. Aus diesen zögernden ersten Schritten wird sich langsam gegenseitiges Verstehen, dann Vertrauen entwickeln und so ist die Grundlage für gemeinsame Arbeit gegeben.

2. Mit dem Lehrer über Fragen der Familien- und gesellschaftlichen Erziehung beraten und für die Eltern Vorträge, Diskussionen, Ausstellungen u. dgl. veranstalten. Die hier hereinfallenden Fragen in ihrem ganzen Umfang zu skizzieren ist aus Platzmangel einfach unmöglich. Es können nur einige Beispiele herausgegriffen werden. Da ein Kind, das lügt ganz entschieden, die Eltern wissen seinen Rat, jemandem diese „Schande“ anvertrauen, dazu bringen sie nicht den Mut auf und so bleibt man bei der alten Behandlung des Leibes, man schlägt jedesmal das Kind, wenn es bei einer Lüge erwischt wird grün und blau, vergißt aber ganz festzustellen, daß dabei das Lügen immer ärger wird. Also die Rindertügel wird ein Stoff sein, über den Eltern und Lehrer sich eingehend unterhalten müssen. Ein anderes Kind wieder ist eigensinnig, das kann soweit gehen, daß es sich bis zu wildem Trotz auflehnt. Eine einfache Ueberlegung des Wortes eigensinnig, das doch eigener Sinn heißt, wird da auf den rechten Weg führen, durch gegenseitige Hilfe werden Eltern und Lehrer den Charakter des Kindes erforschen und in die richtige Bahn lenken. Vorträge sollen die Eltern und — das muß auch ausgesprochen werden — die Lehrer einführen in die modernen Schulprobleme. Da sind einmal die großen Gedanken neuerzeitlicher Schulerziehung, wie die Arbeits- und Gemeinschaftsschule, welche nur in gemeinsamer Arbeit von Lehrer und Eltern zum Durchbruch kommen können. In ihren Rahmen fallen eine Anzahl pädagogischer Vorträge, von denen nur einige genannt seien: Schule und Staat, Wirtschaft und Schule, Schule und Politik, Die Schule im Wandel der Geschichte, Der Arbeiter und die Schule, Die Ziele der neuen Schule, usw. Ausstellungen und Schul-feste erfordern in so reichlichem Maße das Zusammenwirken von Schule und Haus, die ohne gemeinsame Arbeit kaum erfolgreich gelingen kann.

3. Für die Jugend sind Unterstützungseinrichtungen, sozial-gesundheitliche Erholungsfürsorge, Ferienkolonien, Exkursionen, Werkstätten, Küchen, Lesesäle, Verbesserungsmöglichkeiten der Schüler zur Schule zu schaffen. Die Eltern haben mitzusorgen für einen regelmäßigen Schulbesuch und behilflich zu sein bei der Stellenbeschaffung. In diesen Worten ist das ganze Fürsorge- und Wohlfahrtsprogramm der Partei enthalten, unsere Genossen in den Elternausschüssen haben darum eine wichtige Arbeit zu leisten. In ihren Aufgabenkreis fällt die Bekämpfung der Lehrmittel für die Jugend, um Bekleidung und Verköstigung für Bedürftige, die Unterbringung der Kinder in Horte, Erholungshäusern und Ferienkolonien. Alles dies wurde von uns schon längst gefordert, da und dort ist auf unser Drängen verwirklicht, verwirklicht gegen den Widerstand der bestehenden Klasse. Bestigige Kämpfe werden entbrennen, wenn es wird darauf ankommen, dem toten Buchstaben Leben zu verleihen. Nur gilt es die gesamte Elternschaft dafür zu gewinnen und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Wir sehen, das Wirkungsfeld der Elternvereinigungen und Elternausschüsse ist nicht klein. Von der Kraft unserer Genossen in diesen Körperchaften wird es abhängen, ob die Schule eine Entwicklung nach aufwärts nimmt oder nicht. Die Partei aber hat die Pflicht, den Genossen in den Elternvereinigungen jede Hilfe zu gewähren. Ihre Forderung muß daher sein:

**Bereitet sofort die Wahl in die Eltern-**  
**ausschüsse vor!**

## Den 15prozentigen Lohnabbau im Niederland vollständig abgewehrt.

### Kommunisten und Hafenkreuzler wurden aus dem Verhandlungstafel hinausgewiesen.

Wir haben bereits berichtet, daß der Versuch der Unternehmer des Niederlandes die Löhne herabzusetzen, abgewehrt wurde. Dazu wird uns aus Kreisen der Textilarbeiter ergänzend geschrieben:

Der geforderte Lohnabbau von 15 Prozent von den Vertragslöhnen für das Vertragsgebiet Niederland wurde zur Gänze abgewehrt. Dienstag, den 26. August l. J., fanden die Lohnverhandlungen für das Vertragsgebiet Niederland statt. Nach Eröffnung dieser Verhandlung meldete sich sofort ein Vertrauensmann der Union zum Worte und verlangte, daß nur Vertragskontrahenten an den Verhandlungen teilnehmen dürfen.

Auf die Frage, warum diese Forderung aufgestellt wurde, antwortete Gen. Böhm aus Nürnberg, daß es die Koalition ablehnt, mit Organisationen zu verhandeln, die die Koalitions-gewerkschaften gleich nach der Vertragsunterschrift in der Presse und in den Versammlungen als „Verräter“ beschimpfen. Herr Wenderlich erklärte mit starker Stimme, daß die Kommunisten eingeladen wurden, daß es die Union einen Schmarren (?) angehe, ob sie an den Verhandlungen teilnehmen oder nicht. Sie bleiben einfach da. Als sich dann die Vertrauensleute der Union ernennen wollten, erklärte Herr Dr. Sammer, für ihn sei das Mehrheitsprinzip maßgebend und er werde mit der Mehrheit verhandeln. Hierauf waren die Bolschewiken und die Hafenkreuzler gezwungen, das Lokal zu verlassen.

Nach langen, schwierigen Verhandlungen erklärten sich die Arbeitgeber bereit, den geforderten Lohnabbau von 15 Prozent sowie den Alfordlohnabbau, der bei der Fa. Klein gefordert wurde, restlos zurückzunehmen und die alten Löhne auf ein halbes Jahr weiter zu zahlen. In dem Rahmenvertrage verlangten die Unternehmer die Beseitigung des Entgeltbes bei Waffenübungen. Nachdem oberstgerichtlich bereits entschieden ist, daß die Arbeitgeber bei Waffenübungen kein Entgelt zahlen brauchen, in der ganzen Republik auch kein Vertrag mehr existiert, in welchem eine solche Verpflichtung enthalten wäre und von Arbeitgeberseite erklärt wurde, nur dann den Rahmenvertrag abzuschließen, wenn dieser Postus beseitigt wird, wurde nach weiteren schwierigen Beratungen die Forderung der Arbeitgeber akzeptiert. Der Rahmenvertrag wird in Hinblick für das ganze Kreisgebiet Niederland, einschließlich Warnsdorfs, Geltung haben. Die Unternehmer waren ausgegogen, die Löhne der Textilarbeiter im Kreisgebiete Niederland um 15 Prozent zu kürzen und mußten nun den Lohnabbau restlos zurücknehmen.

### Diese Lohnbewegung endete mit einem vollständigen Siege der Arbeiterschaft.

Der Vertrag ist bereits unterzeichnet und daher in Kraft. Nur das Wirkwarengebiet Schönlinde wurde ausgenommen, weil für dieses Gebiet noch Separatverhandlungen geführt werden sollen.

### Die Wut der Hafenkreuzler und ihrer kommunistischen Freunde.

Weil die Hafenkreuzler und Kommunisten nicht bei der Verhandlung anwesend sein durften, um dauernd störend zu wirken und sie bestimmt den Abschluß des Vertrages verhindern hätten, bemächtigte sich dieser Busenfreunde eine ungeheure Wut. Sie nahmen sich vor, die Abschlußversammlungen in Zwidaun und in Warnsdorf zu sprengen. — In Zwidaun ist ihnen dies in

der Vormittagsversammlung nur dadurch gelungen, indem sie die Textilarbeiter angelockt hatten. Indieser Versammlung sprudelten die Nazi und Bolschewiki alle erdenklichen Schimpfnamen heraus, welche im Hütler- und Kremlexikon enthalten sind. Der Herr Sekretär Jögler (Hafenkreuzler), ein Direktorssohnchen aus Reichenberg, der wohl noch nie eine Textilarfabrik von innen gesehen hat, ein verkachter Student, erlaubte sich, die Mitglieder der Union sowie die Christlichen als „Hunde“ zu beschimpfen, und Herr Wenderlich sparte ebenfalls nicht mit Schimpfnamen. Die Versammlung ging ohne Resultat auseinander. Trotzdem alles erreicht war, hatten es die Unterhändler eben wieder einmal „sehr schlecht“ gemacht. Der Vertrag war nach ihrer der Hafenkreuzler und der Kommunisten Meinung auf zu kurze Zeit abgeschlossen, außerdem klammernten sie sich an das Entgelt bei Waffenübungen und eine anbedeutende, längst überholte stilistische Aenderung im Rahmenvertrage.

In Zwidaun verlangten sie vormittags, daß die Arbeit Donnerstag, den 28. August l. J., nicht ausgenommen wird und daß nur sie (?) bestimmen werden, ob die Arbeiterschaft weiterstreiken wird oder nicht. Nachmittags hielten sie neuerlich eine Streikversammlung ab, in welcher sie ohne jede Abstimmung diktatorisch die Parole ausgaben, daß Donnerstag, den 28. August l. J., alle Arbeiter die Arbeit aufnehmen sollen.

Abends tagte dann eine Versammlung der Koalitions-gewerkschaften, in welche diese abgebliebenen Gewerkschaftsstrategen nur Spiegl schickten.

### In dieser Versammlung wurde das Verhandlungsergebnis gutgeheißen und einstimmig angenommen.

Eine sehr scharfe Kritik übte in dieser Versammlung ein ehemaliges Mitglied des Zwidauner Verbandes, welches erklärte, daß die Kommunisten nur deshalb gegen die Aufnahme der Arbeit waren, weil dieser Vertrag viel zu günstig abgeschlossen worden ist.

In der Warnsdorfer Versammlung für die Fa. Klein hatten sich die Herrschaften wieder eingefunden, um die Versammlung zu stören. Die Sekretäre Prade und Tschapel wurden jedoch kurzerhand an die Luft befördert. Die Versammlung wurde ordnungsgemäß abgewickelt und das Verhandlungsergebnis einstimmig angenommen. Zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen sind die Betriebe in vollem Gange und die Parolen der Kommunisten sowie der Hafenkreuzler haben keine Wirkung ausgeübt. Diese beiden Zwergorganisationen, obwohl wesenverwandt, können keinen entscheidenden Einfluß auf den Gang der Dinge ausüben. Sie haben ausgespielt und ihre Kraft ist gebrochen. Selbst in ihrer eigenen Domäne, in Zwidaun, sind sie nicht mehr in der Lage, ihren Willen durchzusetzen, sondern auch dort hat sich bereits die Kraft der Koalitions-gewerkschaften ausgewirkt.

### Der Lohnabbau ist abgewehrt!

Die Indifferenten sowie die Mitglieder der Hafenkreuzler und Kommunisten werden diesen Vorteil, den die Union der Textilarbeiter erreicht hat, mitgehen; sie mühen, wenn sie sich wirklich ehrlich diese Tatsache eingestehen, sich nun auch dessen bewußt werden, daß es ihre Pflicht sein mühte, der Union der Textilarbeiter als Mitglieder beizutreten.

### Arbeiterentlassungen in Nordböhmen.

Wie das „Trautenauer Echo“ berichtet, sind Dienstag, den 26. August 584 Menschen, die bei der Firma Faktis in Jungbunzlitz beschäftigt gewesen sind, aus dem Betrieb entlassen worden. Davon sind 183 Männer und 401 Frauen. Unterstützungsberechtigt sind ungefähr zwei Drittel, während ein Drittel unmorgantisiert ist und keine Unterstützung bekommen kann. (Das sind ungefähr 200 Arbeiter und Arbeiterinnen.)

Auch bei der Firma Johann Liebig und Komp., dem größten Textilunternehmen in Nordböhmen sind, wie der „Freigeist“ berichtet, in der letzten Zeit Massenentlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen vorgenommen worden. Von diesen Entlassungen ist besonders die Wollspinnerei betroffen. So wurden mit 15. August in dieser Abteilung mehr als hundert Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen, worunter sich über 80 befanden, die länger als drei Jahre im Betriebe beschäftigt waren. Daß darunter auch solche sind, die ein halbes Menschenalter den Profit der Firma gemeinert haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Das Bestreben der Unternehmer ist allgemein darauf gerichtet, die alten, ausgemergelten Arbeiter abzustößen, sie durch Entlassung aus dem Produktionsprozess auszuscheiden, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob diese dann die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Die Union der Textilarbeiter hat gemeinsam mit dem Brünner Verband alles unternommen, um diese Entlassungen zu verhindern. Diese Bemühungen waren insoweit erfolgreich,

als es möglich war, für einen großen Teil der alten Arbeiter die Pensionierung durchzusetzen. Für alle übrigen über drei Jahre im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurde die Beschwerde bei der Schiedskommission eingebracht. Bei der Verhandlung, die am Montag, den 25. August stattfand, konnte für den größten Teil der in Betracht kommenden Arbeiter eine Entschädigung von ein bis drei Wochenlöhnen herausgeholt werden.

### Die Vereinigung des JAB mit den freien Gewerkschaften.

Am Mittwoch, den 27. August, fand die abschließende Sitzung des Verhandlungsausschusses unter Vorsitz des Zentralsekretärs des tschechoslowakischen Gewerkschaftsverbandes Genossen Tayerle statt. In der Sitzung erstattete der Vorsitzende als Vertreter der gemeinsamen Zentrale und der Sekretär des JAB, Haiss den Bericht über die Verhandlungen in den einzelnen Gewerkschaften. In allen Gewerkschaften wurden die Verhandlungen beendet und eine vollständige Einigung erzielt. Am 1. September 1930 gehen die Mitglieder der Sektionen des JAB, in die Verbände des tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes über. Nur bei der Gewerkschaft der Tonarbeiter wurde eine selbständige Organisation geschaffen, welche sich jedoch als Mitglied der Gewerkschaftszentrale bekennt. In der Sitzung wurden sodann noch einige sich aus den Gesamtverhandlungen ergebenden und bei den Verhandlungen in den einzelnen Gewerkschaften nicht erledigten Fragen besprochen.

### 12. Internationaler Metallarbeiterkongress.

Kopenhagen, 27. August.

Im festlich geschmückten Saale des Reichstages zu Kopenhagen wurde am Mittwoch, den 27. August, der XII. internationale Metallarbeiterkongress in Anwesenheit von 61 Delegierten, welche 23 Landesorganisationen aus 15 Ländern vertreten, durch Genossen Kjarböl, den Vorsitzenden des dänischen Metallarbeiterverbandes, eröffnet. Für den Metallarbeiterverband in der Tschechoslowakischen Republik sind die Genossen Hampl, Kadlec, Polina, Venes und Pousta anwesend, für den Internationalen Metallarbeiterverband in Komotau die Genossen Kaufmann, Pretsch und May.

Der internationale Sekretär Genosse Flg dankt für den Empfang durch die dänischen Genossen und rühmt ihre gute Organisation, welche ein Vorbild für alle angeschlossenen Landesorganisationen sein sollte.

Das Präsidium des Kongresses wird einstimmig aus folgenden Genossen gebildet: Kjarböl-Dänemark, Braedes-Deutschland, Brownlie-England, Solau-Belgien, Hampl-Tschechoslowakei.

Finanzminister Genosse Bransnaes begrüßt offiziell im Namen der dänischen Regierung den Kongress. Die internationalen Gewerkschaften sind das Fundament der Arbeiterbewegung und erfüllen die wichtige Aufgabe, überall die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage der Arbeiterschaft zu verbessern.

Im Namen der Stadtvertretung von Kopenhagen begrüßt Genosse Emanuel Svendsen den Kongress und wünscht ihm den besten Erfolg. Genosse Staal überbringt die Wünsche des Internationalen Arbeitsamtes und verweist darauf, daß dieses nicht mehr leisten könne, als ihm an Kraft und Einfluß von den Organisationen der verschiedenen Länder gegeben wird.

Für den internationalen Gewerkschaftsbund spricht Genosse Jakobsen, der auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der internationalen Berufssekretariate mit dem JAB verweist. Für den dänischen Gewerkschaftsbund spricht Genosse Rygaard, welcher der Erwartung Ausdruck gibt, daß der Kongress gute Arbeit leisten werde.

Die Internationale Transportarbeiterföderation übermittelt telegraphisch die besten Wünsche. Die finnischen Genossen entschuldigen ihre Fernbleiben vom Kongress mit der gegenwärtig herrschenden Reaktion in ihrem Lande, welche ihre Teilnahme verhindert.

Die Nachmittags-sitzung wird vom Genossen Brandes-Deutschland eröffnet, worauf Gen. Flg den gedruckt vorliegenden umfangreichen Bericht ergäntzt. Er verweist besonders auf die Unterschiede bei der Vertragsleistung in den verschiedenen Ländern und macht darauf aufmerksam, daß dort, wo die höchsten Beiträge gezahlt werden, auch die besten Arbeitsbedingungen bestehen. Als erste Berufsinternationale haben die Metallarbeiter die Förderung der Propaganda in den organisatorisch rückständigen Ländern begonnen, indem alle Landesorganisationen dazu beitragen, daß gemeinsame Propagandasekretariate erhalten werden können. Dies verdient besonders deshalb hervorgehoben zu werden, weil der Internationale Metallarbeiterbund unter allen Berufsinternationalen die geringste Vertragsleistung hat. Wir wissen aber, wie notwendig es ist, die Landesorganisationen zu stärken, so daß der Bund noch niemals vergebens an die internationale Solidarität appelliert hat. Ueber den Bericht ist keine offizielle Kritik geführt worden. Man sagt von uns zuweilen, daß wir nicht glänzen, aber die Metallarbeiter pflegen nicht so viel zu reden, dafür aber zu handeln. Das ist auch die Ursache, weshalb wir uns verhältnismäßig selten an das International. Arbeitsamt wenden, weil wir lieber selber tun, was wir selber tun können. Wir stehen in allen Ländern in der ersten Kampfreihe und haben überall in der internationalen Arbeiterbewegung unseren Mann gestellt und sind überzeugt, daß dies auch in Zukunft der Fall sein wird. (Beifall.)

Der Bericht wird sodann ohne Debatte genehmigt, worauf Genosse Brownlie-England über die wirtschaftliche Lage in Großbritannien referiert.

Ueber die wirtschaftliche Lage in Belgien und Frankreich referierte Genosse Solau-Belgien, worauf der Kongress einstimmig ein Manifest an die Metallarbeiter aller Länder beschließt, in welchem auf die gesteigerte Bedeutung der Internationale gerade in der Zeit der Internationalisierung der ganzen Wirtschaft verwiesen wird. Die Metallarbeiter werden aufgefordert, überall den Gedanken der internationalen Solidarität zu pflegen und zu verbreiten und die klassenbewußten Organisationen proletarischer Abwehr zu festigen und zu vereinsamen.

Damit sind die Verhandlungen des ersten Kongrestages geschlossen. Abends wurden die Delegierten offiziell durch die Stadtverwaltung begrüßt, wobei Bürgermeister Genosse Hedebol warme Worte der Anerkennung für das Wirken der Eisernen Internationale sprach. J. V.

### Überberufung des Berliner Sowjetboischafters.

Berlin, 30. August. Der Boischafter der Sowjetunion Krestinski wird sich, wie die „Baz“ berichtet, am 6. September von Moskau wieder nach Berlin zurückbegeben, um dem Reichspräsidenten sein Überberufungsschreiben zu überreichen. Die Frage seiner Nachfolgerchaft wird erst Mitte September geklärt werden.



### Vom Prager deutschen Rundfunk.

Zwei Vorträge verdienen ihres neuzeitlichen Geistes wegen ganz besondere Erwähnung: die Vorträge Dr. Friedrich Willi, eines mutigen Befürworters eines modernen Strafrechtes und einer sozialen Fürsorge für die Gefangenen und internationalen Kriminalistenkongress, und die Ausführungen des Reichsberger Schulreformers, Gelehrten Professor Paul Fürstenaus, über das Thema „Arbeitschule und Schulreform“.

Dr. Friedrich Willi rief die Öffentlichkeit auf, an den Fragen des Kongresses Interesse zu nehmen, denn diese sind nicht Fragen, die nur für Fachleute bestimmt sind. Die Kultur einer Nation erkennt man daran, wie sie mit ihren Gefangenen umgeht. Er vermisst die Stellungnahme des Kongresses zur sexuellen Frage in den Gefängnissen, die Abkehr von der Prügelstrafe und die Verabschaffung der Todesstrafe. Die Ideen zur Beseitigung der Mängel des Strafvollzuges drängen in unserem Lande mit sehr langsamem Schritt. Wir dürfen nicht nachsehen an den Opfern unserer eigenen Nachlässigkeit und Schuld. So liegt auch die Fürsorge für die Gefangenen sehr im Argen. Endlich einmal tatkräftig eingzugreifen ist notwendig und keine Sache des Gefühls. Jeder von uns ist ein Objekt des Strafvollzuges und zugleich sein Opfer.

Gonoffe Prof. Paul Fürstenaus ging in seinen Betrachtungen aus von der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zur Klassengesellschaft. Nichts konnte sich den gewaltigen Umwälzungen entziehen. Nur die Schule blieb wie ein Tornrad über unberührt. Sie kam im heutigen Zustande dem Kinde keine Ausrüstung für das wirkliche Leben mitgeben. Die Arbeiterschaft verlangt daher in ihren Forderungen die Neugestaltung des Schulwesens, denn für die Arbeiterkinder kommen heute nur die Volksschule, die Bürgerschule und eventuell die Fachschule in Betracht. Der Besuch höherer Schulen ist für sie gesperrt. Wenn die Arbeiter sich eine Neuordnung der Schule vorstellen, dann denken sie an die Einheitschule. Wenn Mittelschule und Bürgerschule gleich sein werden, dann darf die Entscheidung für eine bestimmte Berufslaufbahn nicht mehr an den Geldstandpunkt scheitern. Für die Schüler müssen keine zur Verfügung stehen, in denen sie kostenlose Aufnahme finden können. Jeder muß die Möglichkeit haben seine Kräfte voll zu entfalten. Den Kindern eine gute Schule zu schaffen, das ist für die Arbeiter ein Ziel vorarbeit für die Erreichung der sozialistischen Gesellschaft. An der Ausbildung ihrer Kinder haben aber die Arbeiter nicht nur ein materielles Interesse, sie fordern auch, daß die Schule mit einem neuen Geiste erfüllt werde. Die konfessionelle Schule muß die Arbeiterschaft ablehnen. Sie erkennt in der weltanschaulichen Gebundenheit der Schule und der Lehrer einen sehr harten Zwang. Sie verlangen die Trennung von Kirche und Schule. Religion ist Privatsache des einzelnen und seines Gewissens. Diesen Willen bekundet auch die Verfassungsurkunde der Republik, worin die Wissens- und Glaubensfreiheit gewährleistet wird. Die heutige Schule ist nach dem Bilde des Kapitalismus geformt. Der einzelne wird ausgerichtet zur rücksichtslosen Arbeit für seine eigenen Vorteile. Die Arbeiterschaft, deren leitende Idee die des Sozialismus ist, die Arbeiter, die Bürger einer besseren Zukunft sein wollen, wollen nicht, daß ihre Kinder zu willenlosen Arbeitstieren, noch zu überheblichen Intellektuellen erzogen werden, noch zu Gehorsam und kritiklosem Lernen, sondern sie sollen nachdenkend, selbstlernend die Erkenntnisse finden. Soziales Bewußtsein, Freude an der Arbeit, sozialen Willen zur Schaffung einer besseren Zukunft, das drückt den neuen Geist aus, den die Arbeiter in die Schule bringen wollen.

Oberlehrer Heinrich Schmiedt (Prag), der in der landwirtschaftlichen Sendung schon manchen wertvollen Hinweis für die Obstbaukultur gegeben hat, hielt diesmal einen Vortrag über die Aufbewahrung der Früchte. Es wäre aber auch angebracht, in der Zeit der Obstzucht, im Rundfunk einmal einen Fachmann zu hören, der der gärtnerischen Früchteverwertung das Wort reden würde. Die Schweizer Bauern haben im Vorjahr 150.000 Hektoliter Säpffrüchte hergestellt. 2500 Eisenbahnwagen Obst wurden auf diese Weise bearbeitet und der so wertvolle Jodgehalt des Obstes für die Volksernährung gerettet.

Die Erläuterungen der Verbote des Photographierens auf Reisen durch Dr. Libora (Prag) enthielt zuviel des Allgemeinen und zu wenig des Konkreten. Die Ermahnungen, ja allen Polizeibestimmungen entgegenzukommen, waren höchst überflüssig. Es wäre aber eines Vertreters der Laienphotographen würdiger gewesen, gegen diese unverständlichen und unmodernen Bestimmungen, die schon so viel Unheil angerichtet haben, im Rundfunk auf das schärfste zu protestieren und deren Abschaffung zu verlangen.

Eine genutzreiche Darbietung waren die Vorträge von Magnus Andersen, Mitglied des Deutschen Landesrates in Prag. Er brachte mit seiner schönen, warmen und klaren Stimme — jedes Textwort war zu verstehen — Vieder und Arien von Schubert, Schumann und Gounod zu Gehör. Kapellmeister Adolf Heller, vom Stadttheater in Teplitz, war ihm ein verständnisvoller Begleiter.

Die Schauspielerin Karin Silva (Prag) regierte aus Anlaß des 80. Todestages Lenau's dichterische und epische Gedichte aus den Werken des Dichters. Man sollte es aber doch nicht unterlassen, bei Gelegenheiten einige schöne einleitende Worte zu sprechen. Jeht wirkt das Ganze fast und lieblos.

Tiefen Eindruck hinterließ die Vorlesung des Prager Dichters Ludwig Winder, der in seiner schlichten Art in einer kleinen Novelle von einem Kapitän eines kleinen Moldaukuffes erzählte, der sich zum fünfzigsten Geburtstag den

# „Ebenso gut wie Persil..“

Wenn Ihnen das jemand sagt, dann sollten Sie mißtrauisch werden. Persil gibt es nur in der bekannten grünweißen Packung mit dem Namen Henkel im roten Felde, niemals lose oder in anderer Packung. Wachen Sie im eigenen Interesse alle minderwertigen Erzeugnisse, die Ihnen als „dasselbe wie Persil“ oder „ebenso gut wie Persil“ angeboten werden, zurück und halten Sie sich an das täglich in Millionen Haushaltungen bewährte



in der grünen Packung und dem Namen Henkel im roten Felde



# Persil

Tod schenkt und in den Wellen der Moldau versinkt.

Frau Dr. Lise Adler (Prag) plauderte im Rundfunk aus, was man unter einem Blaustrompf versteht. Alle Blaustrompfe werden davon erfasst gewesen sein, daß man ihnen eine solche Ehre erwiesen hat. Wann aber werden im Rundfunk endlich jene Frauen zu Worte kommen, die

wirklich den Frauen von den ersten Zeit- und Lebensfragen etwas zu sagen wissen! Für so dumm darf man die Frauen nicht halten, daß sie sich mit jedem Schwatz zufrieden geben und alles kritiklos hinnehmen. Der Rundfunk darf nicht zu einem Instrument der Ablenkung von den Problemen unserer Zeit herabgesetzt werden.

Rudolf Rüd.

terstützte die türkische Politik tatkräftig, indem er Nachrichten verbreitete, daß Persien die Kurden mit Waffen und Geld unterstützte hätte. Er läge durchaus im Interesse der türkischen wie der russischen Politik, sich auf Kosten des ganz widerstandsunfähigen Persiens, wo sich gegenwärtig auch England nicht gerne militärisch betätigen würde, ein wenig zu bereichern.

Und damit die Operette im ersten Spiel nicht fehle: die Türkei hat die diplomatischen Beziehungen zu Albanien so gut wie abgebrochen, da sie sich heute noch nicht dazu verstehen kann, den ehemaligen türkischen Besitz als selbständiges Königreich anzuerkennen.

## Umsturz im Orient.

Von Franz Carl Endres.

Die Schwierigkeiten Englands in Ägypten und Indien haben in den letzten Wochen beträchtlich zugenommen. Ägypten steht vor der Revolution. Die nationalistische Wafdpartei spricht schon von Errichtung der ägyptischen Republik und hat durch Erregung von Unruhen, die zur Ermordung von Europäern führten, eine Situation geschaffen, die das Herausführen englischer-militärischer Kräfte notwendig machte. Die Situation ist insofern kompliziert, als die schwache Königspartei englische Hilfe zu ihrer Stärkung braucht und infolgedessen die Gefährdung der Europäer als einen Stein in ihrem Spiel betrachtet, England auf dem Standpunkt steht, daß die Ägypter ihre innerpolitischen Angelegenheiten untereinander regeln sollen, wobei aber weder das Leben, noch die Interessen der Europäer gefährdet werden dürfen und die Wafdpartei endlich die absolute Macht in die Hände bekommen will, ohne durch Verletzung von Europäern ausländisches Eingreifen zu provozieren. Die politische Unsinnigkeit der ägyptischen Nationalisten, die ein kritisches Volk mit sich reißen, wird voraussichtlich der selbständigen Entwicklung Ägyptens nur schaden und man wird auch in jenen ideologischen Kreisen Europas, die sich über jede Verlegenheit Englands prinzipiell freuen, einzusehen beginnen, daß die Situation aller Europäer in Ägypten aufs höchste gefährdet ist, wenn England aufhören sollte, der Vertreter europäischer Interessen in dem Lande zu sein.

Schon hat die italienische Presse mit vollem Recht angeklagt, daß sich Italien für das Schicksal seiner italienischen Kaufleute in Ägypten auf das lebhafteste interessiert. Wenn hinter dieser Notiz auch der erste Versuchsbalken der italienischen Regierung für eine Einmischung in ägyptische Fragen gegeben werden kann, so ist andererseits der Standpunkt jeder europäischen Macht dadurch charakterisiert, die es nicht ruhig geschehen lassen darf, daß auf Grund der Machtgelenke radikaler Politiker Leben und Eigentum von Europäern geschädigt werden.

Weit gefährlicher als das lärmende Theater Ägyptens ist der Vulkan Indiens, dessen Eruptionen ungeheure Menschenmassen in Bewegung setzen. Auch hier wird die Situation zu allermeist in Europa falsch beurteilt. Der größte indische soziale Aktivist, der leider viel zu früh gestorbene Lieblingschüler des letzten indischen Propheten Sri Rama Krishna, der gewaltige Vivekananda sprach das entscheidende Wort: „Indien ist unsterblich, wenn es vom Suchen nach Gott nicht absteht. Wenn es sich in Politik und soziale Kämpfe einläßt, wird es sterben. Seine Lebensarbeit war die Reform der entsetzlichen Verhältnisse im Hinduismus, des tödlichen Kastengeistes, der grenzenlosen Unordnung, der unerhörten Rückständigkeit in Hygiene und Organisation, die alle unendlich viel schlimmer sind, als die schlimmsten Maßnahmen Englands es je gewesen sind. Überall, wo England in Indien seinen Einfluß ausübt, liegen die Verhältnisse für das Volk noch günstiger, als dort, wo es bisher den Hindus Freiheit gelassen hat. Man muß objektiv genug sein, um das einzusehen. Der große Fehler Gandhis lag darin, daß sich der Mann mit seinem enormen Einfluß auf die Massen in reine Politik verlor. Er und seine Freunde einer älteren Generation haben die Geister der modernen Jugend Indiens radikalisiert und haben anstatt Reformen der hinduistischen Rückständigkeit ins Leben zu rufen, die Phrasen von politischer Selbständigkeit und von einer Befreiung von England in die Massen geworfen. Heute stehen Gandhi und die ältere Generation vor einer Volksbewegung, die viel radikaler ist als sie selbst und von der es sehr fraglich ist, ob sie je durch Vernunft von ihrem auf Gewalt und dieser folgenden militärischen Niederlage hinielen Weg noch zurückgerufen

werden kann. Die englische Politik arbeitet gegenwärtig mit einem außerordentlich raffinierten Mittel. Sie wird Gandhi freilassen, wenn er selbst sich gegen die Ungehorsamsbewegung stellt und den Weg zur Konferenz den Führern freigibt. Tut das Gandhi, dann wird wahrscheinlich die nationalistische Bewegung in Indien zerfallen in einen radikalen Flügel, der sich gegen Gandhi und die gemäßigten Führer stellt und in einen verhandlungsbereiten Flügel. Es fragt sich dann, wie die Kräfte sich verteilen und ob die Popularität Gandhis auch diese schwerste Belastung ertragen wird.

Die Folgen der jüngsten Unruhen in Indien sind für das indische Volk nur nachteilig gewesen. Abgesehen von den um 75.000 Pfund geringeren Zolleinnahmen im ersten Quartal 1930, haben über 15 Baumwollspinnereien den Betrieb einstellen müssen, wodurch über 40.000 Arbeiter brotlos geworden sind. In gewissen Gebieten Indiens üben die Mohammedaner, von den Unruhen profitierend, ein Schreckenregiment über die Hindus aus, die hier ihrerseits sofort nach englischer militärischer Hilfe schreien. Noch wird sie ihnen immer in lokaler Weise gewährt, aber wie stellen sich die indischen Extremisten die Lage vor, wenn England einmal zu ihnen sagen sollte: „Macht eure indischen Angelegenheiten unter euch aus.“ Die Folge wäre die gleiche, wie bei einer plötzlich eintretenden Befreiung von England: Die Hindus würden in kürzester Zeit unter die Gewalt Herrschaft der besser organisierten, energischeren und einheitlicher auftretenden Mohammedaner gelangen und würden eine Periode der Unfreiheit erleben, weil sie den eine Periode der Unfreiheit erleben, wie sie haben.

Die Tollheiten der indischen Extremisten müssen geradezu dazu führen, daß die stark reaktionären Ansichten des Berichtes der englischen Simonkommission in England selbst bis in die Regierungskreise hinein ihre Anhänger vermehren. Der englische Gedanke, aus Indien ein Dominion zu machen, kann in status permanentem Revolution naturgemäß nicht verwirklicht oder auch nur seiner Verwirklichung nähergebracht werden.

Neben diesen beiden großen Unruhegebieten spielen die anderen orientalischen Fragen nur eine relativ unbedeutende Rolle. Die Hoffnung auf die Nachgiebigkeit der Labourregierung hat auch die Ägypter angestekt, die in einer großen Eingabe Rückkehr in den Schoß ihrer griechischen Mutter gefordert haben. Das wird ihnen wenig helfen, denn England hat erst vor kurzem seinen großen militärischen Stützpunkt für Flugzeuge auf Cypern eingerichtet, von wo es sowohl die italienischen Vorbereitungen im Dodekanes beobachtet und eventuell militärisch erreichen kann, als auch die Ueberwachung Palästinas, des Suezkanals und Ägyptens zu vollziehen in der Lage ist. Griechenland hat bisher die Befreiung des Dodekanes, dessen griechische Bevölkerung von den dort herrschenden Italienern nicht besonders liebenswürdig behandelt wird, gelegentlich zur Diskussion gestellt. Heute schweigt die griechische Presse, weil sie der italienfreundlichen Richtung ihrer Regierung keine Schwierigkeiten machen will.

Die Türkei hat auch unruhige Wochen hinter sich, insofern als die von den früheren Strafexpeditionen noch verschonten Kurden einen offenbar auf religiöser Basis beruhenden Aufstand erregt hatten, der gegen Ende Juni an der türkischen Südgrenze bedenkliche Ausmaße erreichte. Am 5. Juni begannen die türkischen militärischen Operationen, die bei beiderseitig entsetzlichen Grausamkeiten zum Erfolg geführt zu haben scheinen. Die Kurden flohen nach Persien. Verfolgende türkische Truppen überschritten, wahrscheinlich nicht ohne politische Absicht, die persische Grenze. Der Moskauer Freund un-

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

### Zehn Bekenntnisse eines kommunistischen Gewerkschaftsführers.

Auf dem 5. Kongress der sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale, der zur Zeit in Moskau tagt, hat der Großmeister der internationalen Gewerkschaftsspaltung, Lojowski, folgende „Liste unserer tatsächlichen und organisatorischen Fehler“ aufgestellt:

1. Die kommunistischen Gewerkschafter verstehen es nicht, den Kampfbestimmungen der Arbeitermassen Ausdruck zu verleihen. „Die Streiks brechen aus unerwartet für die in den Betrieben tätigen Mitglieder der revolutionären Verbände und der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Dies ist eine der schwächsten Seiten unserer ganzen Arbeit.“
2. Die Streiks werden schlecht vorbereitet. „Unsere Organisationen sangen an, an den Streik zu denken, wenn sich die Ereignisse bereits zugespitzt haben.“
3. Die Streikausschüsse werden ernannt oder von einer unbedeutenden Zahl von Arbeitern gewählt.“ Daraus folgt auch
4. „Die Vosgeligkeit — dank unserer Schuld — der Streikausschüsse von den Arbeitermassen.“
5. „Ein nicht genügendes Durchdenken von Forderungen, die Ausarbeitung von Forderungen in einem engen Kreis von leitenden Funktionären.“
6. Hilflosigkeit gegenüber den „demagogischen Forderungen und Unken Phrasen“ (!!) der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten.
7. „Gewalttätige Maßnahmen gegenüber den rückständigen Elementen des Proletariats. Kommandieren.“
8. „Theoretisches Bekenntnis zu der revolutionären Linie und deren Nichtbeachtung in der Praxis.“
9. „Man versteht nicht, den Streik rechtzeitig und organisiert zu beenden, man zieht den Streik in die Länge bis zur völligen Zerschung und Desorganisation der Streikenden.“
10. „Ratlosigkeit vor den Unternehmern, Unfähigkeit, ernsthaft Verhandlungen zu führen.“

„Ich könnte diese Aufzählung unserer Fehler und Schwächen fortsetzen“, sagte Lojowski hinzu, „aber auch dies genügt. Werden wir die Streiks in Europa oder Latein-Amerika betrachten, in Japan oder Vereinigten Staaten, in Spanien oder in Brasilien, in Norwegen oder in Paraguay — überall können wir die ausgeprägten Schwächen feststellen.“ („Trud“ vom 18. August).

Die A.G.Z. entpuppt sich in den Erklärungen ihres eigenen Führers als die Internationale des hoffnungslosen gewerkschaftlichen Unvermögens.

## Aus der Partei.

### Ausweis für den Monat August.

Die erste Zahl bedeutet Parteifonds, die eingeklammerte Wahlfonds:

- Bodenbach K 4000.— (1000.—), Brunn K 3480.— (800.—), Karlsbad K 10.400.— (2000.—), Pilsen-Wudweis K 1660.— (380.—), Prag K 160.— (40.—), Preßburg K 160.— (10.—), Reichenberg K 800.— (200.—), Sternberg K 2150.— (450.—), Teplitz-Saaz K 3200.— (800.—), Trautenau K 1680.— (420.—), Troppau K 2280.— (570.—).

**Zur Frage der Ueberstundenentlohnung.**

Unter der Woche „Eine bedeutende Entscheidung des Obersten Gerichtes“ hat in diesem Blatte vom 20. August 1. v. Dr. Egon Schwelb eine leghin in der Frage der Ueberstunden-Entlohnung erfolglose Entscheidung des Obersten Gerichtes vom 3. Jänner 1930, publiziert in der amtlichen Sammlung unter Nr. 9505, einer eingehenden rechtlichen Analyse unterworfen. Deren Quintessenz ergibt die Feststellung, daß das Oberste Gericht in dem vorliegenden Fall gegen die Washingtoner Konvention, die in präzedenzentscheidungen als Bestandteil der tschechoslowakischen Rechtsordnung erklärt worden war, entschieden hat, und zwar dadurch, daß es entgegen dem Artikel 6 der Konvention den Prozentsatz Ueberstundenzuschlag nicht zusprach, vielmehr erklärte, daß Gesetz Nr. 91/18 über die achtstündige Arbeitszeit habe die Frage der Höhe der Ueberstunden-Entlohnung nicht geregelt, für die Höhe der Entlohnung sei daher in erster Linie die Vereinbarung der Parteien maßgebend. Der Artikel 6 der Konvention tritt in dieser Aufassung zufolge tendenziöse Nichtbeachtung der zwingenden Bestimmungen der Washingtoner Konvention und spricht einer Revision dieser Entscheidung das Wort.

Zu dieser Stellungnahme seien mir zur Wahrnehmung der Interessen der Bergbauangestellten einige ergänzende und aufklärende Bemerkungen erlaubt.

Das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit bezieht sich unmissverständlich auf Bergbaubetriebe (§ 1, Abs. 3). Gelegentlich eines Prozesses, den ein Zeiger wegen Verzögerung geleisteter Ueberstunden angestrengt hat, das Oberste Gericht die Rechtsauffassung vertreten, daß das Washingtoner Arbeitszeitübereinkommen in der Tschechoslowakei nicht bloß materielle Geltung, sondern auch den Vorrang vor den innerstaatlichen Gesetzen besitze. „Denn“, so argumentierte es in seiner Entscheidung vom 17. Juni 1928, „nach Artikel 19 des Übereinkommens verpflichten sich die Staaten, welche dieses Übereinkommen ratifiziert haben, daß sie seine Bestimmungen längstens bis zum 1. Juli 1921 durchzuführen werden. Die Ratifizierung sei der Akt, durch welchen das internationale Übereinkommen bei uns Geltung erlangt hat.“ Diesen prinzipiellen Standpunkt hat das Oberste Gericht in seiner späteren Entscheidung vom 20. April 1928, Nr. 1 1128/27, bekräftigt und aufrecht erhalten. Auf dieser Rechtsgrundlage erkannte es weiterhin zu Recht, daß gemäß Artikel 2, Punkt 6, das Übereinkommen keine Anwendung finde auf Personen, die einer Aufsichtsperson befehlen, und zog aus diesen Prämissen der Weisheit höchsten Schluß, daß dem Zeiger die Qualifikation einer Aufsichtsperson zukomme, daß er daher aus dem persönlichen Umfange des Washingtoner Übereinkommens auszuscheiden ist. Nehmen wir nun das Berggesetz und die Dienstordnungen zur Hand, so finden wir, daß unter dem Begriff „Aufsichtspersonal“ die gesamten Bergbauangestellten vom Oberbäuer angefangen bis zum Obersteiger hinaus subsumiert werden. Die eigenartige Interpretation des Begriffs „Aufsichtsperson“ mußte nun praktisch zur Auswirkung haben, daß alle Bergbauangestellten — die höheren Beamten wurden unter den Begriff „Leitende oder Vertrauensposten“ eingereiht — der sozialen Ertragskraft des Achtstundengesetzes verlustig gingen, obwohl vernünftiger Weise eine solche Tendenz weder dem internationalen Übereinkommen, noch der inländischen Gesetzgebung über die achtstündige Arbeitszeit untersuchen werden konnte.

Es erübrigt sich, hier auszuführen, welche Gefahren die Aufrechterhaltung einer derartigen Judikatur und ihre Weitertragung in die Praxis für die Bergbauangestellten zwangsläufig nach sich ziehen mußte. Nun hat das Oberste Gericht seine ursprüngliche Rechtsauffassung in dieser Frage geändert. Mit Entscheidung Nr. III 1432/28 hat es bei einer Entscheidung, ob dem Arbeiter der Ueberstundenzuschlag von 25 Prozent des Lohnes gemäß dem Washingtoner Übereinkommen gebührt, erklärt: „Die internationalen Verträge regeln die Rechte und Verbindlichkeiten der Staaten, die diesen Vertrag abgeschlossen haben, verpflichten aber nicht die Bürger des betreffenden Staates.“ Durch die hienüt bekundete Revision der Erlausfassung ist die grundsätzliche Rechtslage geklärt worden, daß für die Beurteilung von Arbeitszeittagen nunmehr das Gesetz Zg. Nr. 91/18, nicht aber das Washingtoner Übereinkommen Geltung besitzt. Für die Bergbauangestellten ist mit dieser Aenderung in der Rechtsprechung eine günstige Situation geschaffen, weil ihnen hiedurch die achtstündige Arbeitszeit, die ihnen hieher abgegriffen ward, wieder gegeben wurde. Es ist wohl richtig, daß infolge dieser juristischen Neuorientierung des Obersten Gerichtes die Frage der Ueberstunden-Entlohnung, speziell die des Prozentsatzes Zuschlages, auf das Geleise der vertraglichen Vereinbarung geschoben wurde, daß also dieser Zuschlag nicht mehr auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung eingeklagt werden kann. Diese Frage tritt aber gegenüber der grundsätzlichen Bedeutung und vitalen Tragweite der neuen Rechtsauffassung des Obersten Gerichtes, die den Bergbauangestellten wieder den gesetzlichen Anspruch auf die achtstündige Arbeitszeit zuerkennt, für die Bergbauangestellten begrifflicher Weise in den Hintergrund. Die Bergbauangestellten können sich daher nicht gegen die in der besprochenen obergerichtlichen Entscheidung vertretene Rechtsauffassung, soweit sie die Heranziehung des Washingtoner Übereinkommens als Rechtsquelle betrifft, setzen, weil eine Wiederherstellung des rechtlichen Status quo ante das Graß ihrer achtstündigen Arbeitszeit bedeutete. Hingegen werden sie alle Bestrebungen, die auf eine gesetzliche Regelung der Ueberstundenbezahlung oder eine definitive günstige Klärung dieser Frage gerichtet sind, mit aller Aktivität unterstützen.

Dr. Arthur Bezdek,  
Lehrer des Reichsverbandes der Bergbau- und Hüttenangestellten, Leob.-Lobnau.

**Sport \* Spiel \* Körperpflege**

**Der Arbeiterfußball verschafft sich immer mehr Geltung.**

Dazu bringen wir einige Feststellungen aus der bürgerlichen Sportpresse.

**Stieffind Kassel hatte großen Tag.**

Unter dieser Ueberschrift schreibt der bürgerliche „Fußball“ (München) über das Länderfußballspiel der Arbeitersportler Deutschland-England in Kassel:

„Das schöne Pflanzstadion war überfüllt — Tausende belagerten keinen Platz. Ueber 12.000 bei einem prachtvollen Fußballspiel.“

„Sowohl der DFB, als auch die DSB, meiden Kassel, weil es ihnen zu wenig Einnahme bringt. Ja, diese Behörden, die sonst so schöne Worte zum Fenster hinaus reden, gehen in der Praxis nur nach schändlichem Mammon. (Von uns hervorgehoben. Die Red.) So ließ zum Beispiel die DSB, in diesem Jahre Kassel als Ort der Deutschen Meisterschaften ohne Bedenken fahren — die 15.000 Mark Garantiesumme der Stadt waren ihr zu wenig.“

Mit besonderer Freude begrüßten wir daher das vom Arbeiter-Turn- und Sportbund in Kassel veranstaltete Länderspiel.

Kassel stand im Zeichen des Länderspiels Deutschland-England der Arbeitersportler, das selbst in den Kreisen größtes Interesse gefunden hatte, die sich sonst nicht mit den Grundlagen des Arbeitersportes solidarisch erklären. Schon seit Tagen waren alle Sitzplätze der wunderbar gelegenen Pflanzstadion ausverkauft. Alle Vorbereitungen für den großen Kampf waren getroffen, man hatte sich in Kassel sichtlich Mühe gegeben, dem ersten Ländertreffen in dieser Weise gerecht zu werden.“

Nicht zu vergessen, DFB und DSB wollen Verbände für Volkssport sein!

**Die bürgerliche Hochburg Nürnberg-Fürth ist in ihrem Niveau gesunken.**

Der „Fußball“ (München) stellt fest: „So sehen wir die Hochburg nicht gerade glänzend gerüstet, was die Spitzklasse des DFB anbetrifft. Dagegen strebt die Deutsche Jugendkraft der alten Noris mächtig auf, um dem deutschen Fußball-Meister „Sparta“ energisch Widerstand zu leisten. Dieser Konkurrenzstreit wird die Spielstärke der gesamten Fußballer Nürnbergs beträchtlich heben, ebenso wie die Erringung des Meistertitels in der Arbeiter-Sportbewegung durch Nürnberg-Ost einen gewaltigen Auftrieb für den heiligen Arbeiterfußball bringt. (Von uns hervorgehoben. Die Red.)“

Die Spielstärke Deutschlands hat sich nicht gehoben, die Hochburg ist in ihrem Niveau gesunken, die Fundamente sind wacklig geworden, aber die Fundamente jeder neuen Hochburg sind genau so wacklig. Das liegt am System. Es wird aber trotzdem weitergewurkelt, bis alles zusammenbricht. Gute Wahlzeit!“

**Kunst und Wissen.**

Neues Deutsches Theater. Die Eröffnung der neuen Spielzeit erfolgt Samstag, den 6. September.

Kleine Bühne. Die erste Vorstellung findet Montag, den 1. September statt. Zur Aufführung gelangt das Lustspiel „Geschäft mit Amerika“. Dienstag gelangt die Komödie „Leinen aus Irland“ zur Wiederholung. Mittwoch der Schwank „Nulla di Nulla“. — Wegen schwerer Erkrankung von Frä. Wornholz muß die für diese Woche vorgesehene Premiere von „Argarten der Liebe“ und die Neuaufstudierung von „Was Ihr wollt“ verschoben werden.

**Vorträge.**

**Neue Wege im Straßhauswesen.**

Ein Vortrag der Straßhausdirektoren Dr. Otto Weichenrieder aus Ludwigshafen bei Stuttgart und Direktor Kellnerhaus aus der Schweiz.

Vielleicht den erfreulichsten Lichtblick, den die ganzen Tagungen des Kriminalistenkongresses mit der reaktionären Einstellung und der bewußten Agherachtlassung der wichtigsten Probleme (Sexualleben des Sträflings, Prügelstrafen, Gefängnisse im Polizeigewahrsam und in der Untersuchungshaft durch drakonische Methoden, Abschaffung des Zellen-systems) bieten, war der Abschluß des Kongresses durch zwei Vorträge, welche Freitag, den 29. d. M. abends im Sozialen Institute — allerdings waren bei dem Vortrage fast keine Kongreßteilnehmer anwesend und der Vortragssaal hauptsächlich von Proger Publikum gefüllt.

Nachdem Genosse Dr. Winter als Vorstand des Sozialen Institutes den anwesenden Minister Genossen Dr. Weichenrieder begrüßt hatte, sprach Direktor Dr. Weichenrieder über das in seiner Anstalt in Ludwigshafen gebrauchte System, das das Hauptgewicht im Straßhauswesen auf die Erziehung des Sträflings legt. Dr. Weichenrieder bekämpfte den Begriff des „unverbesserlichen“ Sträflings, insofern es sich nicht um eine Psychose handelt, er ist ein Anhänger der Besserung des Sträflings durch Erziehung zu regelmäßiger Arbeit, der Selbstverwaltung im Straßhaus durch die Gefangenen selber. „Es geht nicht an, daß im Straßhaus bei der Arbeit zwei Lager seien, die der Beamten und der Sträflinge, sondern Kooperation beider in der Arbeit ist notwendig“, führte Dr. Weichenrieder aus.

**Ingenieur-Lehrkurse**

für techn.-kaufm. Fernunterricht, alle Fächer. Prospekt und Probelktionen bei Angabe des gewünschten Kurses kostenlos durch Postfach 56, Prag. XII. 680

**SPAREN mit ANZEIGEN heißt der Inserierenden Konkurrenz helfen!**

Er betont die Wichtigkeit der Einwirkung auf das Gefühlsleben, namentlich durch die Musik und ist der Ansicht, daß es einer Strafanstalt nur zur Ehre gereiche, wenn sie und da auch aus den Reihen der Sträflinge ein lebensfrohes Lachen ertöne. „Der beste Straßvollzug ist der, welcher dem Leben am nächsten steht“, schließt der Vortragende.

Der zweite Vortragende, Direktor Kellnerhaus, Leiter der Anstalt in Wigwill in der Schweiz, bot mit seinen Ausführungen, die er mit Lichtbildern begleitete, eine Ueberraschung für das anwesende Auditorium: er zeigte, wie es möglich ist, bei einer humanen Behandlung der Gefangenen und einer Abschaffung des bisherigen Systems der Einschließung und Bewachung der Sträflinge einen modernen Straßvollzug aufzubauen. Vor 40 Jahren gründete er mit 20 Sträflingen, die ihm vom Kanton Bern überlassen wurden, eine kleine Bauernsiedlung, die heute 1000 Hektar Boden umfaßt, auf der 400 Sträflinge arbeiten und wo es keine Abschließung gibt. Er teilte mit, daß als ängstliches Disziplinarmittel vierzehn Tage Einzelzelle mit hartem Lager bei ihm angewendet werden können. Sonst haben die Sträflinge auf Wigwill Bewegungsfreiheit auf dem ganzen Areal, sie leisten dort als Landarbeiter eine solche produktive Arbeit, daß Wigwill jährlich noch einen Reinertrag von 150.000 Franken (also etwa 1/2 Mill. Kz) abwirft. Dabei leben die Sträflinge in frischer Luft, es gibt keine bewaffneten Aufseher, keine Zerstörung und Vernichtung der Gesundheit durch Zellenhaft, keine Abtötung der Seele und der Individualität durch die berüchtigte „Disziplin“ (die Sträflinge können in der Schule sogar selbst unterrichten, sie können nach zehn Jahren braver Aufführung sogar als staatliche Beamte von der Straßanstalt übernommen werden), sie können essen so viel sie wünschen, sie haben eine Bibliothek, die manche mittlere Stadt bei uns nicht besitzt, sie unternehmen mit dem Direktor sogar Gemeinschaftsausflüge, sie können im Falle der Not oder Arbeitslosigkeit wieder nach Wigwill als freie Arbeiter zurückkommen und sie haben durch das ganze System nirgends das Empfinden, daß die Gesellschaft an Rechtslosen ihre Rache ausübt. Dr. Kellnerhaus projizierte dazu eine Reihe von Lichtbildern und erbrachte den Beweis, daß sein Lebenswerk von 40 Jahren die einzig richtige Art ist, aus Entgleisten nicht Lebensgermüde, sondern vom Augenblick der Einlieferung an produktive Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu machen.



Zaren, daß sie sich über des Imperialismus des russischen Kaiserthums erwehren wollen, wird nicht verraten. Nikolai wird als lebenswürdiger, wohl nicht gerade geschreiter und mutiger, aber doch nicht unsympathischer Schürzenjäger dargestellt und die Verführung des Mädchens rechtzeitig durch eine gewandte Postdame verhindert. Den Film haben russische Emigranten gemacht, die alles daransetzen, daß auf das kaiserliche Rußland der Vergangenheit nur ja nicht zuviel Schatten falle. Darum wurden die politischen Hintergründe der Dichtung Tolstois verschleiert und die Erzählung in einen ganz auf äußerliche Ereignisse und hübsche Bilder gestellten Räuberroman verwandelt. Chadschi-Murat ist kein Freiheitskämpfer mehr, sondern ein kaufmännischer Tom Miz. Ueber den schönen Bildern vergeht der Regisseur Wolkow auch den Zusammenhang der Handlung.

Viele der Bilder sind ja gewiß sehr wirkungsvoll. Die Einkreisung der russischen Soldaten durch die Kaukasier z. B., Chadschi-Murats Sprung über die feindlichen Reiter, die niederstürzende Steinlawine, der Tanz im Dorf. Der Schlag wurde unmäßig zerschmettert und endet mit der Rückkehr zur altährwürdigen Fahne. Diese Fahne muß nicht die grüne des Propheten sein, die schwarz-weiß-rote tur's auch. Selbst hinter den zergrachten Kaukasusgipfeln lugt irgendwo der Usageist hervor. Filmtechnisch ist der „Weiße Teufel“ auf der Höhe; ganz ausgezeichnet die Photographie Kurt Courants und Nikolai Toporows. Jeder Szene merkt man die unsichtige Arbeit des Regisseurs und der Photographen an; keiner Szene aber die geistige Arbeit des Autors.

Dieser Schausfilm nun wurde ein Tonfilm. Er wurde mit bekannter russischer Musik untermauert, bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit beginnen die Dostojewski zu singen, im Lager und in der Kirche, auf dem Marsche und im Dorfe. Die stillwidrig es ist, daß man singende Menschen hört, sprechende aber stumm bleiben, scheint der Regisseur Wolkow nicht empfunden zu haben.

Dem Schauspieler fällt in Ausstattungsfilmen immer eine untergeordnete Rolle zu. Sein dekorativer Mantel ist wichtiger als sein Spiel. Und das ist diesmal gut, denn in diesem „Weißen Teufel“ wird gespielt wie in einer Provinstheater-Sonntagnachmittags-Operietendervorstellung. Ivan Rosjokine wirft sich in ein selbstgefälliges Hyperpathos, daß schon ans Lächerliche streift, Fritz Alberti scheint sich zwischen ernster oder komischer Auffassung der Szenen nicht entscheiden zu können, Hil Dagover bogmüht sich damit, verführerisch auszusuchen, Betty Amman vermag die Hoffnungen, die sie im „Alphart“-Film weckte, nicht zu erfüllen. In den Nebenrollen wird grausliches Schmierentheater gespielt.

Viel Tonfilmlärm um ein Nichts an Geist, schöne Bilder, aber schlechte oder schlecht geleitete Schauspieler, gute Photographen, aber ein veraltetes und kitschiges Drehbuch — das ist die Bilanz dieses Ufa-Ton-Großfilms, der mit Karl May mehr zu tun hat als mit Tolstoi und mit überschättem technischen Können mehr als mit Kunst. F. R.

Herausgeber: Siegfried Taub. Chefredakteur: Wilhelm Strauer. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauch. Druck: „Kola“ A.-G. für Zeitung- und Buchdruck, Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Doll. Die Zeitungsmarktenferntaus wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.900/VII/1930 bewilligt.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines SELCHWAREN der Firma HEGNER & Cie., PILSEN. Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN. SIND DIE ALLERBESTEN!

**Bereinsnachrichten.**

„Urania“. „Rosen blühen auf dem Heidegrab“. Erstaufführung im Bran-Urania-Kino. Die Geschichte des deutschen Volkliedes! Dazu: „Jepelin über Prag“ und ein längerer Kulturfilm: „Wie die Welt entstand“. Heute 8, 1/6 und 8 1/2 Uhr.

**Der Film. Ein Tolstoi-Film?**

„Der weiße Teufel“, ein Ufa-Tonfilm. Im Nachsch Leo Tolstois fand sich die blutige und farbige Geschichte des Kaufmanns Chadschi-Murat, der erst seine gefährdete Heimat gegen die Russen verteidigt, dann zu den Russen überläuft und bei einem Versuch, seine gefangene Familie zu retten, das Leben verliert. Der greise Tolstoi schrieb diese Erzählung mit der hinreißenden Liebe zu den Bergen und der Freiheit der Bergvölker, mit der einst der junge Tolstoi seine Kavaliergeschichten geschrieben hatte. Ein kleines Meisterstück der Menschencharakteristik in diesem Roman ist die Zeichnung des Jaren Nikolai des Ersten, eines feigen und eiteln Despoten, der überall Aufstände witterte, der für die Habsburger die ungarische Revolution von 1848 niederwarf und an der preussischen Grenze Militär bereit hielt, um seinem hohen Schwager, dem preussischen König, Empörungsbereitungen seines Volkes unterdrücken zu helfen. Die Tänzerin, die Chadschi-Murat liebt, wird von diesem Jaren verführt. In dem großen Ausstattungsfilm, den Michael Linkt und Alexander Wolkow nach Tolstois Dichtung für die Ufa geschrieben, ist das natürlich alles anders. Wohl kämpfen die Kaufmann gegen die Soldaten des

Eisenwerke-Aktiengesellschaft ROTHAU-NEUDEK. Zentralkonstruktion Prag II., Hyberná 30. Blechwalzwerke Rothau, Schindwald und Neudek (Böhmen) Blechwalzwerk Mariátsche für Berg- u. Hüttenwerke-Ges. (Schles.) Alleinerkäuferbüros: C. T. Potzold & Co., Prag II., Havlíčková nám. 3. C. T. Potzold & Co., Wien VI., Gumpendorferstraße 15.